



**mouvement
écologique**



Bilanz der Regierungsarbeit 2013 - 2018 aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung durch den Mouvement Ecologique:

Neue Dynamik - aber noch keine gesellschaftliche Umorientierung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung!

Nationalwahlen 2018: 27 zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique



3 Bewertung der auslaufenden Legislaturperiode

- 3 Gemischte Bilanz der Umsetzung der Koalitionsaussagen
- 4 Wichtige Anstöße und neue Entwicklungen wurden in die Wege geleitet - fundamentale Reformen aus Nachhaltigkeitssicht bleiben noch aus
- 5 Nachhaltige Entwicklung: Wichtige Ansätze aber noch kein Durchbruch
- 6 Bürgernähe und Demokratie: Wichtige Neuerungen - aber keine ministerienübergreifende Aufbruchstimmung!
- 7 Bildung für nachhaltige Entwicklung - Einige positive Initiativen, jedoch noch keine kohärente Strategie
- 8 Denkmalschutz: ein Stiefkind der Politik
- 7 Mobilitätsplanung und -infrastruktur: Neue Akzente, konkrete Projekte und entscheidende Weichenstellungen!
- 9 Naturschutzpolitik: Es tat sich was - aber der Biodiversitätsverlust geht ungebremst weiter!
- 10 Energiepolitik: Klimaschutzziele werden weiterhin verfehlt, trotz einer Reihe von lobenswerten Initiativen und Projekten!
- 11 Landesplanung, Gemeindepolitik, Wohnungsbau und Wirtschaftswachstum
- 12 Landwirtschaft: die so dringend erforderlichen Fortschritte im Sinne einer umwelt- und naturverträglichen Ausrichtung bleiben aus!
- 13 Eine Reihe wichtiger umweltpolitischer Initiativen wurde ergriffen, und doch fehlt es an schlagkräftigen Maßnahmen!
- 14 Wasserwirtschaft - wesentliche Verbesserungen wurden in die Wege geleitet, aber vieles bleibt zu tun

15 Nationalwahlen 2018: 27 zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique

Mecoskop: Wir brauchen Ihre Spenden!



Spenden

Für unsere Projekte, wie den Mecoskop, und unsere generellen Aktivitäten ist der Mouvement Ecologique auf Spenden angewiesen.

Sie können unsere Arbeit mittels Einzelspende oder Dauerauftrag mit dem Vermerk "Mouvement Ecologique" unterstützen. Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung Oekofonds zu übermitteln:

Spenden an die Stiftung Oekofonds sind steuerlich absetzbar.

Unsere Konten:

CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000

BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000

Tel.: 43 90 30 - 50 / oekofonds@oeko.lu / www.oekofonds.lu

Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt

erausgi vum

Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg

Tel. 43 90 30-1 – Fax 43 90 30-43 /

CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000 /

e-mail: meco@oeko.lu / www.meco.lu

Mouvement Ecologique asbl -

Sekrétariat: 6, rue Vauban

(Pafendall) – Lëtzebuerg

Gréngen Telefon: 43 90 30-1

Permanence:

Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17

Auer / Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

Fir Mëmber ze ginn: Per Telefon oder
schrëftlech Statuten, Dépliant a Bättrëts-
formular ufroen.

Cotisatioun: 50 € Einzelmember,

75 € Haushaltsmemberschaft,

20 € Studenten an Aarbechtsloser.

De Kéisécker-Info an d'Sondernummeren
sinn an der Cotisatioun abegraff!

Bewertung der auslaufenden Legislaturperiode

Neue Dynamik - aber noch keine gesellschaftliche Umorientierung im Sinne der

Zur Erinnerung: Der Mouvement Ecologique hat für diese Legislaturperiode, wie auch für vorherige, zentrale Aussagen aus dem Koalitionsabkommen der aktuellen Regierung im Themenbereich „nachhaltige Entwicklung“ aufgegriffen (insgesamt 114) und im Laufe der Legislaturperiode deren Stand der Umsetzung verfolgt, dies über die Internetseite www.mecoskop.lu.

Wobei hervorgehoben sei, dass der Mouvement Ecologique den Stand der Umsetzung nach bestem Wissen und anhand der ihm zur Verfügung stehenden Informationen und Daten beurteilt. Wobei wohl nicht zu vermeiden ist, dass in dem einen oder anderen Bereich vielleicht eine Initiative ergriffen wurde, die dem Mouvement Ecologique nicht bekannt ist und es auch wohl manchmal eine andere Beurteilung geben kann, ob sich ein Projekt erst in der Anfangsphase der Umsetzung befindet oder diese bereits stark fortgeschritten ist. Eine kleine Abänderung an der einen oder anderen Einschätzung dürfte jedoch nichts an der grundsätzlichen Analyse ändern.

Kurz vor Ende der Legislaturperiode drängt es sich auf, abschließend eine generelle Bewertung der Umsetzung der Regierungsversprechen und -arbeit der auslaufenden Legislaturperiode zu machen. *Anmerkung: Im Folgenden wird in Bezug auf die Umsetzung der Koalitionsversprechen lediglich eine allgemeine Einschätzung (verbunden mit einem Kommentar) gegeben. Die Details finden Sie auf www.mecoskop.lu:*

Gemischte Bilanz der Umsetzung der Koalitionsaussagen

Zahlreiche Versprechen - der 114 dargestellten - wurden umgesetzt oder angegangen, aber ebenso recht viele nicht oder nur begrenzt:

- 11 der zurückbehaltenen Koalitionsaussagen wurden bis dato noch nicht angegangen,
- 41 befinden sich in einer ersten Phase der Umsetzung,
- 44 sind weit fortgeschritten,
- 18 Aussagen sind bereits vollständig umgesetzt.

Man kann davon ausgehen, dass sich in den verbleibenden Wochen dieser Koalition noch Dies und Jenes tun wird, aber kaum fundamentale Neuerungen kommen werden. Insofern wird sich wohl kaum Grundsätzliches an diesem Bild ändern. Beim aktuellen Stand zeigt sich, dass die absolute Mehrzahl der Versprechen zumindest angegangen wurde und sich etwas getan hat. Demnach muss festgestellt werden, dass diese Regierung das Koalitionsabkommen durchaus als Basis ihrer Arbeiten ernst genommen hat.

Dabei gibt es natürlich große Unterschiede innerhalb der verschiedenen politischen Themenbereichen.



Wichtige Anstöße und neue Entwicklungen wurden in die Wege geleitet - fundamentale Reformen aus Nachhaltigkeitssicht bleiben noch aus!

Ein Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Regierungsarbeit besteht darin zu überprüfen, inwiefern sie ihren Versprechen und selbstgesteckten Zielen gerecht wird. Deshalb hat der Mouvement Ecologique das „Mecoskop“ ins Leben gerufen.

Fakt ist: diese Regierung muss sich, was die Umsetzung des Mecoskop betrifft, nicht verstecken. Denn immerhin wurde die absolute Majorität der Versprechen angegangen und die Hälfte befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Umsetzung oder ist schon umgesetzt. Natürlich ist die Bewertung, inwiefern bereits eine solche Umsetzung als zufriedenstellend anzusehen ist oder nicht, etwas subjektiv. Und doch, es tat sich was.

Der Mouvement Ecologique erkennt an, dass in zentralen Dossiers, in denen man in den vergangenen Jahren oder gar Jahrzehnten ein Fortkommen vermisste, endlich Fortschritte zu verzeichnen sind und so manches angestoßen wurde. Sei es, dass endlich die Infrastrukturprojekte im öffentlichen Transport angegangen wurden (sprich moderne Stadtbahn u.a.), die sanfte Mobilität in den Fokus der Mobilitätsplanung rückte oder aber endlich Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen und der Naturschutz überhaupt zu einem Thema wurde.

Und doch: Diese augenscheinlichen positiven Entwicklungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Regierung keine (unumstößlichen) grundsätzlichen Weichen im Sinne einer wirklich nachhaltigen Entwicklung setzt hat. Immer dann, wenn auch Richtungsentscheidungen notwendig gewesen wären, im Sinne der nachhaltigen Entwicklung - sprich z.B. nachhaltige Steuerreform, Reorganisation der Landwirtschaftspolitik, Paradigmenwechsel im demokratischen Prozess - zogen Werte der nachhaltigen Entwicklung „den Kürzeren“.

Auch im Rahmen der Rifkin-Strategie oder der verstärkt aufflammenden Wachstumsdebatte erfolgten nicht die, nach Ansicht des Mouvement Ecologique gebotenen, Reformen: Rifkin klammert zentrale Fragestellungen aus (wie z.B. Reboundeffekte, die Gefahr des steigenden Energieverbrauchs in Sektoren durch die Digitalisierung...), die Wachstumsdebatte wie sie derzeit geführt wird, geht leider noch nicht ausreichend in die Tiefe und vermittelt den Eindruck, als ob durch hie und da einzelne Kurskorrekturen am System bereits eine ausreichende Reform des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells erfolgt sei.

Der nächsten Regierung obliegt es, aufbauend auf den Vorbereitungen und Initiativen dieser Regierung, endlich die wirklichen grundsätzlichen Fragen des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells Luxemburg anzugehen und fundamentale Reformen in diesem Sinne zu ergreifen.

Denn:

- Es bleibt weiterhin eine unumstößliche Tatsache, dass Luxemburg weit über seine Verhältnisse lebt, was seinen ökologischen Fußabdruck anbelangt und was u.a. den Rückgang der Biodiversität oder das Nicht-Erreichen der Klimaziele betrifft. Unser Gesellschaftsmodell frisst seine Ressourcen auf. Ein nachhaltiges Zukunftsmodell Luxemburg muss den Grenzen der Oekosysteme Rechnung tragen!
- Die Leitlinien für eine wirklich nachhaltige Wirtschaftspolitik wurden nicht gesteckt, das Wachstumsdogma dominiert nach wie vor die gesellschaftliche und politische Prioritätensetzung, statt u.a. die Leitlinien eines „PIB du bien-être“ - der Definition des „Guten Lebens“;
- Zentrale Zukunftsprobleme harren einer Lösung, wie z.B. auch die Wohnungsproblematik oder die breitere Einbindung aller BürgerInnen (auch der NichtwählerInnen) in die Zukunftsgestaltung.

Der Mouvement Ecologique bleibt der Überzeugung, dass mehr und mehr Menschen bewusst wird, dass wir grundsätzlichere derartige Veränderung unserer Gesellschaft brauchen und gerade diese Vision auch von der Politik erwarten bzw. gemeinsam mit gestalten wollen. Und dass mehr und mehr Menschen die einzelnen isolierten Initiativen nicht mehr als ausreichend ansehen

Nachhaltige Entwicklung: Wichtige Ansätze aber noch kein Durchbruch!

Nicht angegangen

- Nachhaltigkeitscheck von Regierungsentscheidungen (4)

Erste Phase der Umsetzung

- Umsetzung des zweiten nationalen Aktionsplanes für nachhaltige Entwicklung (3)
- Nachhaltigkeitsaspekte bei der Steuerreform berücksichtigen (6)
- Millenniumziele und nachhaltige Entwicklung verknüpfen (9)
- Erstellung modellhafter Lastenhefte im Baubereich (100)

Zweite Phase der Umsetzung

- Debatte über die Entwicklung des Landes – Erstellung von „Wohlstandsindikatoren“ (5)
- Konsummodelle hinterfragen (7)



Im **weit gefassteren Bereich** „nachhaltige Entwicklung“, der vor allem der generellen Verantwortung der Regierung und der spezifischen des Nachhaltigkeitsministeriums obliegt, wurde 1 Versprechen nicht angegangen, 4 befinden sich in der ersten Umsetzungsphase sowie 2 sind stark fortgeschritten.

Eine „Rote Karte“ gibt es vor allem für den versprochenen „Nachhaltigkeitscheck“ von Regierungsentscheidungen, der nicht angegangen wurde. Besonders gravierend ist zudem, dass die in dieser Legislaturperiode durchgeführte Steuerreform de facto blind auf dem „Nachhaltigkeitsauge“ war. Sowohl die Einführung eines „Nachhaltigkeitschecks“ im Vorfeld von politischen Entscheidungen wie auch eine nachhaltige Steuerreform stellen somit zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique für die nächste Legislaturperiode dar.

Wichtige Vorarbeiten gibt es am zweiten Nationalen Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung; dabei wird aber nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht im erforderlichen Ausmaß thematisiert, dass Luxemburg bis dato seine Ziele im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiterhin auf flagrante Art und Weise verfehlt. Die Gründe hierfür werden nicht analysiert, geschweige denn daraus gezielt abgeleitete Gegenmaßnahmen ergriffen. Der Planentwurf selbst wurde seitens der Regierung noch nicht validiert, an seiner Umsetzung konnte somit noch nicht gearbeitet werden. Ähnliches gilt für die Erstellung der „Millenniumziele“ und deren Verknüpfung mit der nachhaltigen Entwicklung.

Positiverweise wurde, wie angekündigt, eine erste Berechnung des „indice du bien-être“ / „Luxemburger well being index“ vorgelegt... dieser bleibt bis dato jedoch

noch ein Papiertiger und scheint in der politischen Praxis nicht wirklich von Relevanz zu sein.

Insofern ist die Bilanz dieser Regierung was die Umsetzung der Vorgaben im Bereich nachhaltige Entwicklung betrifft unzufriedenstellend.

Es gibt zwar wichtige und gute Ansätze, aber: es wurde nicht ausreichend daran gearbeitet, dass die nachhaltige Entwicklung zu einem wirklichen Entscheidungskriterium wurde und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Eingang in die sektoriellen Politiken gefunden hätte.

Bürgernähe und Demokratie: Wichtige Neuerungen - aber keine ministerienübergreifende Aufbruchstimmung!

Nicht angegangen

- Vereinfachung der Prozedur zur Schaffung einer parlamentarischen Enquête-Kommission (13)
- Reform der Gesetzgebung betreffend Stiftungen und NGOs (15)

Erste Phase der Umsetzung

- Förderung des „Open government“ (2)
- Förderung der «démocratie participative» (10)
- Verbesserung der Arbeitsweise der Abgeordnetenkammer (14)
- „Réforme et simplification administrative“ im Respekt von Natur und Umwelt / der BürgerInnen (16)
- Politische Bildung (20)
- Verstärkte Einbindung der BürgerInnen im Rahmen der kommunalen Planung (25)

Zweite Phase der Umsetzung

- Verbesserung des Zugangs zu Informationen im Umweltbereich (1)
- Verbesserung des Zugangs zu Informationen (11)

Umgesetzt

- Erstellung von «Deontologiekodex» (12)
- Ausbildung von Moderatoren für die Bürgerbeteiligung (17)



Besonders problematisch ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique die Situation im Bereich „Demokratie“ mit 2 nicht angegangenen, 6 in der ersten Phase der Umsetzung befindlichen, 2 weitgehend und 2 umgesetzten Versprechen.

Die **strukturellen** Reformen zur Förderung einer reellen partizipativen Demokratie erfolgten in dieser Legislaturperiode nicht. Stichworte in diesem Zusammenhang sind: guter Zugang der BürgerInnen zu Informationen (auch wenn das entsprechende Gesetzesprojekt noch in der Abgeordnetenkammer gestimmt werden würde, bleibt die Bilanz unzufriedenstellend), konsequentere Einbindung von Akteuren und BürgerInnen in generelle Projekte und Entscheidungsprozesse seitens der verschiedenen Ministerien, Reform der Gesetzgebung betreffend ONGs und

Stiftungen, eine weitergehende „Réforme administrative“ im Interesse der BürgerInnen.

Vor allem im Bereich der Demokratie ist die Regierung somit auf struktureller Ebene sehr weit entfernt von den selbst gesteckten Zielen und vor allem auch den Versprechen, die die Regierungsparteien vor den letzten Wahlen gaben.

Dabei gilt es jedoch hervorzuheben, dass das Nachhaltigkeitsministerium z.T. aus dieser kritischen Bewertung ausschert, da es weitaus konsequenter als vorherige Regierungen bzw. andere Regierungsmitglieder Informations- und Diskussionsveranstaltungen organisiert hat (Stichworte sind: dezentrale Veranstaltungen zur Optimierung des öffentlichen Transportes, geplante regionale Labs usw.). U.a. auch

Erziehungsminister Claude Meisch stellte sich den Fragen von Eltern und Lehrern.

Grundsätzlich gilt es jedoch dazwischen zu unterscheiden, inwiefern BürgerInnen in die Prozesse zur Erstellung von Projekten eingebunden werden - und inwiefern die Politik BürgerInnen im nachhinein Rede und Antwort steht.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die Regierung gerade in diesem, für die generelle Ausrichtung der Politikgestaltung, so wichtigen Bereich keine ausreichenden und grundlegenden Fortschritte erreicht hat. Es ist von der nächsten Regierung zu erwarten, dass hier mit weitaus mehr Konsequenz und Schlagkraft ein regelrechter Paradigmenwechsel in Sachen Bürgerbeteiligung erfolgt.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung - Einige positive Initiativen, jedoch noch keine kohärente Strategie

Nicht angegangen

- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (21)

Erste Phase der Umsetzung

- Politische Bildung (20)

Zweite Phase der Umsetzung

- Brücken zwischen Schule und Gesellschaft bauen (18)
- Beteiligung der SchülerInnen verstärken (19)

Damit unsere Demokratie auch in Zukunft noch auf stabilen Beinen steht, ist es unerlässlich, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung und politische Bildung im Alltag von Bildungsstrukturen, sowie im pädagogischen Handeln auf allen Ebenen zu verankern.

Von den 4 Regierungsversprechen befinden sich 1 in einer ersten Phase der Umsetzung, 2 in einem fortgeschrittenen Stadium der Umsetzung, eine wurde nicht angegangen.

Die Regierung hat einige Initiativen unternommen, um vor allem das Thema politische Bildung auf die Agenda zu setzen, so u.a.: Schaffung des Zentrums für politische Bildung, einige neue Sektionen und Ausbildungswege mit Bezug auf Bildung für

nachhaltige Entwicklung, Aufwertung der Schülerkomitees durch zusätzliches Budget und personelle Ressourcen. Zudem wurden weitere Anreize geschaffen, um Brücken zwischen Schule und Gesellschaft zu bauen: mentschoul.lu um Eltern und Schülern die Orientierung in der vielfältigen Schullandschaft zu vereinfachen, einige staatlich unterstützte Kampagnen um Berufs- und Schulwelt aneinander heran zu führen, und mit der Autonomie der Sekundarschulen soll auch eine verstärkte Öffnung zur Gesellschaft einhergehen.

Der Mouvement Ecologique stellt allerdings fest, dass trotz einiger Initiativen, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung nicht die flächendeckende Wichtigkeit eingeräumt wurde, die ihr u.a. auch an-

gesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen zugestanden werden müsste. So gab es ebenfalls kein Bestreben um die politische Bildung bzw. nachhaltige Bildung fächerübergreifend in die Programme der Grund- oder der Sekundarschulen aufzunehmen oder sich konsequent für die Weiterbildung von Multiplikatoren einzusetzen. Dies bleibt somit Aufgabe der nächsten Regierung. Diese muss sich zum Ziel setzen, auch in den demokratisch unerprobten Bildungseinrichtungen, den nötigen Handlungsspielraum für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Denkmalschutz: Ein Stiefkind der Politik

Erste Phase der Umsetzung

- Reform des Denkmalschutzgesetzes (30)

Zweite Phase der Umsetzung

- Respekt von Denkmalschutzkriterien bei der Altbausanierung und dem Neubau (31)

Der Denkmalschutz ist, was den gesetzlichen Rahmen anbelangt, ein Stiefkind dieser Regierung. Nachdem in den ersten Monaten der Legislaturperiode „Assises“ im Denkmalschutzbereich lanciert wurden, die sich recht positiv ankündigten, tat sich danach kaum mehr etwas. Es liegt noch immer kein Reformtext zum überalterten Denkmalschutzgesetz vor u.a.m..

Allerdings wurden, ohne dass dies nun explizit im Mecoskop (als Ausdruck des Regierungsprogram-

mes) angeführt wurde, Fortschritte im Rahmen der Erstellung der kommunalen PAGs gemacht, was das Inventar und die kommunale Unterschutzstellung von Gebäuden und „Ensembles“ anbelangt, z.T. jedoch mit sehr unterschiedlichen Resultaten.

Denkmalschutz ist ein wichtiges Element der Zukunftsgestaltung, angesichts u.a. des herrschenden Drucks im Wohnungsbau. Aufgabe der nächsten Regierung wird sein, hier neue Weichen zu stellen.

Mobilitätsplanung und -infrastruktur: Neue Akzente, konkrete Projekte und entscheidende Weichenstellungen!

Ein Themenbereich, in dem diese Regierung aus Nachhaltigkeitssicht bei weitem am meisten aufzuweisen hat, ist sonder Zweifel die Mobilitätspolitik. Von den 13 Regierungsversprechen wurde 1 Maßnahme nicht angegangen (Thema Flughafen), 2 gänzlich umgesetzt, die restlichen befinden sich in der ersten (5) bzw. zweiten Umsetzungsphase (5).

Die angekündigte Stelle zur Förderung der sanften Mobilität wurde im Ministerium gegründet, ebenso wie jene zur Mobilitätsplanung, der Bau der modernen Stadtbahn erfolgte endlich nach jahrelangen Diskussionen endlich, der Ausbau der Peripheriebahnhöfe ist beschlossene Sache bzw. in Umsetzung, der Bau des „Arrêt Pafendall-Kirchberg“ ist erfolgt, mit dem Carsharing geht es voran, Modu 2.0 ist erstellt u.v.a.m. Das Ministerium hat entscheidende Weichen im Bereich der Infrastrukturen und der Verbesserung des Modal-Split gesetzt, die einen Quantensprung darstellen.

Auch weitere Projekte, die nicht im Koalitionsabkommen figurieren, jedoch von zentraler Bedeutung sind, wurden vom Ministerium angegangen, wie z.B. eine neue Studie zur Erfassung der Mobilitätssituation, die Erstellung einer „Kosten-Nutzen-Analyse“ bei Mobilitätsprojekten oder aber die Erstellung einer neuen Modu 2.0 Strategie.

Stiefkind bleibt das Flughafenareal: Hier wurde keine zufriedenstellende Strategie zur Reduktion der Lärmbelastung erstellt, die Anzahl der Nachtflüge stieg weiter an u.a.m. Weiterer strittiger Punkt ist der Ausbau der A3 sowie die Entscheidung für den Bau der Umgehungsstraße von Bascharage, wobei diese Vorhaben im Koalitionsabkommen angeführt sind.

Der Transportminister kann demnach durchaus eine gute Bilanz aufzeigen. Allerdings „frisst“ das kontinuierliche Wach-

Nicht angegangen

- Begrenzung der Nachtflüge – Erstellung von Lärmaktionsplänen „Flughafen“ (57)

Erste Phase der Umsetzung

- Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport (28)
- Förderung der sanften Mobilität (47)
- Verstärkter Bau von P&R-Anlagen (51)
- Erstellung von Mobilitätskonzepten für Betriebe (55)
- Verstärkte Förderung des Güterverkehrs (56)

Zweite Phase der Umsetzung

- Bau der modernen Stadtbahn und Verbesserung des öffentlichen Transportes (49)
- Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität (50)
- Ausbau des Car-sharings (52)
- Fortentwicklung des Verkehrsverbundes (53)
- Förderung der „Intermodalität“ (54)

Umgesetzt

- Schaffung einer Abteilung „Mobilitätsplanung“ (46)
- Ausbau der Infrastrukturen (48)

stum von Bevölkerung und Wirtschaft die (erhofften und tatsächlichen) Verbesserungen im Mobilitätsbereich auf.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gilt es in der kommenden Legislaturperiode diese Anstrengungen fortzuführen, noch weitaus konsequenter auf die aktive Mobilität zu setzen, Kommunen auch hierbei verstärkt zu unterstützen sowie die Ausrichtung und Gestaltung der intermodalen Plattformen zu optimieren und mit den Nutzern zu besprechen.

Des Weiteren gilt es verstärkt dafür zu sorgen, dass ausreichend menschliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, um neben den Infrastrukturen noch weitaus stärker in konkrete „sanfte“

Projekte investieren zu können, wie z.B. die Erstellung von qualitativ hochwertigen Mobilitätskonzepten für Betriebe.

Unabdingbar ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique zudem in der kommenden Legislaturperiode weiteren Straßenbauprojekten einen Riegel vorzuschreiben und eine deutliche Priorität auf eine umweltschonende Mobilität zu setzen.



Naturschutzpolitik: Es tat sich was - aber der Biodiversitätsverlust geht ungebremst weiter!

Erste Phase der Umsetzung

- Naturschutz und Landwirtschaft zusammenbringen (44)

Zweite Phase der Umsetzung

- Verbesserung der Strukturen im Naturschutzbereich (39)
- Förderung einer nachhaltigen Waldwirtschaft (40)
- Umsetzung der „Convention de Florence“ (42)
- Umsetzung des neuen Jagdgesetzes (45)

Umgesetzt

- Durchführung der Reform des Naturschutzgesetzes (41)
- Überarbeitung und Umsetzung des „Nationalen Aktionsplanes Naturschutz“ (43)

Im Naturschutzbereich werden 7 Maßnahmen im Mecoskop angeführt, dabei wurden alle angegangen: 1 ist in einer ersten Phase der Umsetzung, 4 weit fortgeschritten und 2 bereits umgesetzt.

Besonders relevant sind sicherlich die Verabschiedung eines neuen Naturschutzgesetzes (auch wenn der Mouvement Ecologique durchaus eine Reihe von Mängeln sieht) sowie die Überarbeitung des Aktionsplanes Naturschutz.

Darüber hinaus wurden Akzente im Sinne einer nachhaltigeren Waldwirtschaft gesetzt, Managementpläne für Natura 2000-Gebiete erstellt, eine Neuaufteilung der Jagdreviere und der Abschusspläne angegangen, Managementpläne für den Wolf erstellt, das Jagdverbot auf den Fuchs eingeführt u.a.m. Ohne entsprechende Vorgabe im Koalitionsabkommen wurden positiverweise auch ein neues Wald- wie auch ein Bodenschutzgesetz erstellt.

In dieser Legislaturperiode nahm das Nachhaltigkeitsministerium den Naturschutz entsprechend durchaus ernst! Es tat sich etwas und das Ministerium übernahm weitaus stärker als in den vergangenen Legislaturperioden seine Ver-

antwortung. Allerdings: die Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft ist nach wie vor stark unbefriedigend! Solange die Landwirtschaftspolitik nicht stärker Synergien mit der Naturschutzpolitik entwickelt, wird der Arten- und Diversitätsverlust ungebremst weiter gehen. Genau dies ist die Challenge der neuen Regierung!

Außerdem: in den vergangenen Monaten nahm die Tendenz zu, im Rahmen von Siedlungsplanungen, seitens des Innenministeriums Naturschutzbelange verstärkt zu benachteiligen (z.T. entgegen der Stellungnahme des Nachhaltigkeitsministeriums). Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten.



Energiepolitik: Klimaschutzziele werden weiterhin verfehlt, trotz einer Reihe von lobenswerten Initiativen und Projekten!

Nicht angegangen

- Erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Immobilienbesitzer bei Sanierungsarbeiten (65)

Erste Phase der Umsetzung

- Eingliederung von Energieaspekten in öffentliche Ausschreibungen vorantreiben (68)
- West- und Zentraleuropa zum Vorreiter in Sachen "erneuerbare Energien" machen (60)
- Umsetzung und Evaluierung Nationaler Aktionsplan Klimaschutz (74)

Zweite Phase der Umsetzung

- Nein zu Atomkraft (58)
- Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken (61)
- Förderung der erneuerbaren Energien in Luxemburg (62)
- Förderung der Energieeffizienz (66)
- Energieeffizienz im Wohnungsbau fördern (67)
- Einnahmen des Tanktourismus neuer Verwendung zuführen (69)
- Zugriff auf Agrokraftstoffe hinterfragen (70)
- Energetische Sanierung staatlicher Gebäude (71)
- Klimaschutz und Energieeffizienz / Erneuerbare auf europäischer Ebene vorantreiben (72)
- Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans Anpassung an den Klimawandel (75)
- Gemeinden noch stärker als Akteure im Energiesektor anerkennen (76)
- Ausbau der Aktivitäten von MyEnergy (77)
- Förderung der Elektromobilität & der Erdgastankstellen (78)

Umgesetzt

- Keine Fracking-Gas-Förderung in Luxemburg (59)
- Förderung von Energiekooperativen (63)
- Schaffung einer Klimabank zur Vorfinanzierung von Energiesparmaßnahmen (64)
- Reform des Kyoto-Fonds (73)

Die Bilanz betreffend die Umsetzung des Koalitionsvertrages: 1 Versprechen wurde nicht angegangen, 3 befinden sich in der ersten Phase der Umsetzung, 13 sind fortgeschritten und 4 wurden umgesetzt.

Die Effizienzsteigerung wurde vorangebracht, eine Klimabank geschaffen, Kooperativen im Bereich der Solarenergie gefördert, die Windkraft ausgebaut, das Engagement gegen Cattenom sowie auf europäischer Ebene gegen Atomkraft im Allgemeinen konsequent fortgeführt, ein Gesetzesprojekt zur Haftung bei Atomunfällen auf den Weg gebracht (ohne entsprechende Vorgabe im Koalitionsabkommen). Auf EU-Ebene wird Luxemburg als wichti-

ger Akteur zur Steigerung der Klimaschutz-Ziele angesehen. Begrüßenswert ist ebenfalls, dass unter dieser Regierung endlich die seit langem erwartete Kosten-Nutzen-Analyse zum Tanktourismus vorgelegt wurde (wobei die Studie aber, nach Einschätzung des Mouvement Ecologique, ohne konkrete Auswirkungen zu bleiben scheint).

Diese positive Tendenz der Mecoskop-Bilanz steht jedoch im Widerspruch zu den realen Anforderungen an Klimaschutz und dem Ausbau bei erneuerbaren Energien respektive der notwendigen Steigerung der Effizienz. Denn noch immer sind unsere CO₂-Emissionen pro Einwohner viel zu hoch, die Emissionen durch den Tanktou-

rismus nehmen sogar wieder zu und der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch ist viel zu niedrig.

Es wurde in der Tat viel in die Wege geleitet, aber: eine wirklich positive Bilanz festzustellen ist nicht möglich, da Luxemburg viel zu weit entfernt bleibt von den gesteckten Zielen. Der Umstand, dass die Emissionen aus dem Tanktourismus wieder ansteigen, ist zusätzlich recht ernüchternd.

Die Wachstumslogik steht zudem in direktem Widerspruch zu einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik.

Landesplanung, Gemeindepolitik, Wohnungsbau und Wirtschaftswachstum

Nicht angegangen

- Reform der Grundsteuer (34)

Erste Phase der Umsetzung

- Förderung der zentralen Orte (22)
- Verstärkte Einbindung der BürgerInnen im Rahmen der kommunalen Planung (25)
- Förderung der regionalen Syndikate betreffend Aktivitätszonen (27)
- Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport (28)
- Ausweisung von schutzwürdigen landwirtschaftlichen Flächen (29)
- Überarbeitung der Gemeindeaufgaben (36)
- Förderung der Großregion (38)
- Reform des Denkmalschutzgesetzes (30)
- Stärkere Verantwortung der öffentlichen Hand im Wohnungsbaubereich (32)
- Verstärkte Mobilisierung von Bauland (33)

Zweite Phase der Umsetzung

- Fortentwicklung der Naturparke (24)
- Umsetzung der „sektoriellen Pläne“ im Sinne der Landesplanung (26)
- Reform des Innenministeriums durchführen (35)
- Respekt von Denkmalschutzkriterien bei der Altbausanierung und dem Neubau (31)

Umgesetzt

- Durchführung einer Reform der Gemeindefinanzen (23)
- Reform der Gemeindefinanzen angehen (37)



Von den 4 im Mecoskop genannten Versprechen in Sachen „**Gemeindepolitik**“ wurde eine wichtige Maßnahme dieser Regierung umgesetzt, und zwar die Durchführung der Gemeindefinanzreform. 2 befinden sich in der ersten bzw. 1 in der zweiten Phase der Umsetzung.

Dass die Reform der Gemeindefinanzen erfolgte, ist absolut begrüßenswert, immerhin wurde sie von mehreren Vorgängerregierungen versprochen und nicht angegangen. Inwiefern sie auch landesplanerischen Zielen gerecht wird, kann erst mit 3-4 Jahren Distanz ausgewertet werden. Problematisch ist, dass die Aufgabenteilung von Staat und Gemeinden nicht stärker vorangetrieben wurde. Diese wäre sogar eine wichtige Basis für die Gemeindefinanzreform gewesen. Leider wird das Innenministerium ebenfalls nicht ausreichend aktiv, um BürgerInnen verstärkt in Planungsprozesse einzubeziehen.

Auf der Ebene des **Wohnungsbaus** wurde von den 4 genannten Maßnahmen eine nicht angegangen (die Reform der Grundsteuer) und 3 befinden sich in der ersten Phase der Umsetzung. Fakt ist dabei aber: es tat sich bei weitem nicht genug in der Wohnungspolitik: Keine Reform der Grundsteuer, letztlich keine ausreichende Übernahme einer stärkeren Verantwortung der öffentlichen Hand im Wohnungsbaubereich, keine wirklich verstärkte Mobilisierung von Bauland...

Auf der Ebene der **Landesplanung** befinden sich von den 8 angeführten Versprechen 5 in der ersten Umsetzungsphase, 2 in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung sowie eine ist gänzlich umgesetzt. Die aufgrund des Staatsrates eingeforderte Reform des Landesplanungsgesetzes verzögerte dabei sonder Zweifel wichtige Projekte. So wurde die Verabschiedung der sektoriellen Pläne hinausgeschoben und die öffentliche Prozedur erfolgt erst jetzt.

Die Landesplanung wurde zudem durch Einwände des Staatsrates geschwächt, so dass die Umsetzung zentraler Prinzipien der Landesplanung derzeit noch auf schwachen Füßen steht, wie z.B. die Förderung der zentralen Orte, die Vorschriften zur besseren Anbindung von neuem Wohnraum an den öffentlichen Transport.

Was die **Wirtschaftspolitik** betrifft, so befinden sich von den genannten 5 Versprechen 1 in der ersten Phase der Umsetzung, 3 in der zweiten Phase der Umsetzung, das „PIB du bien-être“ wurde umgesetzt.

Im **Tourismusbereich** wurden sowohl strategisch als auch in der Praxis deutlich mehr Akzente gesetzt als unter vorherigen Regierungen, auch ist die Schaffung von Wirtschafts-Clustern u.a. im Bereich Holz, Eco-innovation und nachhaltige Bauweisen in die Wege geleitet worden und somit wird auch verstärkt an der Schaffung von „green jobs“ gearbeitet.

Landwirtschaft: die so dringend erforderlichen Fortschritte im Sinne einer umwelt- und naturverträglichen Ausrichtung bleiben aus!

Nicht angegangen

- Überarbeitung des Flurbereinigungsgesetzes (93)
- Schaffung eines Kompetenzzentrums Landwirtschaft (95)

Erste Phase der Umsetzung

- Ausweisung von schutzwürdigen landwirtschaftlichen Flächen (29)
- Zukunftsforum Landwirtschaft und Verbraucher einrichten (84)
- Ausbau der Gemüse- und Obstproduktion (87)
- Förderung des Biolandbaus (88)
- Schutz von wertvollem landwirtschaftlichem Boden (90)
- Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse (92)
- Einführung eines Bodenschutzgesetzes (94)
- Reduktion der Vielfalt an „Labels“ (97)

Zweite Phase der Umsetzung

- Verwendung von regionalen- und Biolebensmitteln in öffentlichen Infrastrukturen (85)
- Weiteres „Nein“ zur Gentechnologie (91)

Umgesetzt

- Umsetzung des Planes für ländliche Entwicklung (86)
- Reduktion des Pestizidgebrauchs (89)
- Tierschutz voranbringen (96)

Große Defizite gibt es auf der Ebene der Landwirtschaftspolitik. Vor allem wurde verpasst, die sowohl aus der Sicht der Landwirtschaft selbst als auch auf Grund der gesellschaftlichen Bedürfnisse (Erhalt der Böden, Biodiversität, Wasserqualität sowie Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel) notwendigen Strukturreformen in die Wege zu leiten. Dabei ist es unerlässlich, die Luxemburger Landwirtschaftspolitik unabhängiger vom globalisierten Markt zu gestalten sowie Maßnahmen zum Erhalt der in Luxemburg noch recht kleinräumig und zu einem großen Teil noch familiär betriebenen Landwirtschaft sicherzustellen.

Leider wurden jedoch von den 15 im Koalitionsabkommen befindlichen Versprechen nur 3 gänzlich umgesetzt, 2 befin-

den sich in einer fortgeschrittenen Phase der Umsetzung, 8 in einer Anfangsphase und 2 zentrale Versprechen wurden nicht angegangen (Schaffung eines Kompetenzzentrums sowie Überarbeitung des Flurbereinigungsgesetzes). Die Ausweisung von schutzwürdigen landwirtschaftlichen Flächen erfolgte nicht, der Ausbau der Gemüse- und Obstproduktion sowie die Reduktion der Vielfalt an Labels für landwirtschaftliche Produkte wurden z.T. erst angegangen.

Dabei muss erwähnt werden, dass es sich bei den genannten gänzlich umgesetzten Koalitionsaussagen einerseits um die auf EU-Ebene vorgeschriebene Umsetzung des Planes für ländliche Entwicklung handelt - die zudem, nach Ansicht des Mouvement

Ecologique, auf äußerst unzufriedenstellende Art und Weise erfolgte - sowie um die Reform des Tierschutzgesetzes. Doch hierbei wurden eigentlich keine Verbesserungen für die Haltung der Nutztiere erreicht.... was ja eigentlich, nach Ansicht des Mouvement Ecologique, auch das Ziel der Reform hätte sein müssen.

Die Landwirtschaftspolitik profitiert von erheblichen Subventionen der öffentlichen Hand, trotzdem nimmt das Bauernhofsterben und der Biodiversitätsverlust zu, die Wasserbelastung ebenfalls. Unter dieser Regierung wurde keine Trendwende in Richtung nachhaltige zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik im Sinne aller Akteure in die Wege geleitet.



Eine Reihe wichtiger umweltpolitischer Initiativen wurde ergriffen, und doch fehlt es an schlagkräftigen Maßnahmen!

Nicht angegangen

- Erstellung eines „code de l'environnement“ (99)

Erste Phase der Umsetzung

- Erstellung modellhafter Lastenhefte im Baubereich (100)
- Reform des Umweltfonds (101)
- Reduktion der Lärmbelastung (103)
- Bodenschutz verstärken (105)
- Maßnahmen zur Sanierung von Altlasten sicherstellen (106)

Zweite Phase der Umsetzung

- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen (8)
- Verbesserung der Stationen zur Erfassung der Luftbelastung (102)
- Verbesserung der Abfallwirtschaft (104)
- Erstellung eines Katasters für elektromagnetische Wellen (108)
- Reform des Kommodo-Inkommodo-Gesetzes (109)

Umgesetzt

- Reform der Gesetzgebung betreffend „Impaktstudien“ (98)
- Bekämpfung der „Lichtbelastung“ (107)



Von den 13 im Mecoskop genannten Koalitionsaussagen wurde 1 nicht angegangen, 5 befinden sich in der ersten Phase der Umsetzung, 5 in der fortgeschrittenen und 2 wurden umgesetzt.

Es wurden ohne Zweifel weitergehende Initiativen ergriffen, als in den vergangenen Legislaturperioden. Die Reform der Umweltverwaltung, die durchgeführt wurde, ist äußerst begrüßenswert und war seit langem überfällig. Wobei sich jedoch eine erste Evaluierung, inwiefern die Reform die erwarteten Resultate erzielen konnte, aufdrängt.

So Manches wurde darüber hinaus angestoßen, wie z.B. die Strategie zur Minderung der Luftverschmutzung, Aktionspläne zur Reduktion der Lärmbelastung. Das Gesetz zur Reform der Impaktstudien räumt dem Umweltministerium darüber hinaus mehr Befugnisse ein, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Eine gewisse Reform der Genehmigungsklassen des Kommodo-Gesetzes wurde durchgeführt, verstärkte, darüber hinaus gehende Initiativen betreffend die Betriebsgenehmigungen (z.B. eine Strategie zur systematischen Überarbeitung der veralteten Genehmigungen, eine offensive Beratung der Betriebe usw.) erfolgen jedoch noch, nach Ansicht des Mouvement Ecologique, nicht im notwendigen Ausmaß. Es ist aber positiv, dass im Rahmen der „simplification administrati-

ve“ ein online-Kommodo-Antrag (e-formulaire-commodo) für Betriebe eingeführt wurde.

Eine neue Abfallstrategie wurde erstellt ... doch von der großen Vielfalt an dort genannten Maßnahmen wurden (wohl verständlicherweise) erst einige im Praktischen angegangen. Ebenso wurden in dieser Legislaturperiode erste Schritte im Sinne einer Bekämpfung der Lichtverschmutzung gemacht u.a.m.

Auch erhob das Nachhaltigkeitsministerium – ohne, dass dies im Koalitionsabkommen verankert worden wäre - weitaus konsequenter die Stimme im Sinne von Umweltthemen, als dies in anderen Legislaturperioden der Fall war. Dies zeigte sich z.B. vor allem bei der geplanten Neuansiedlung von Betrieben.

Manches wurde angestoßen und in die Wege geleitet, aber konkrete Umsetzungsergebnisse, vor allem auch für eine proaktive Umweltpolitik, gibt es noch nicht ausreichend.

Angesichts des kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums kommt der Umweltpolitik eine verstärkte politische Bedeutung zu: ihr Stellenwert im Rahmen der Wirtschaftspolitik muss ohne Zweifel deutlich erhöht werden!

Wasserwirtschaft - wesentliche Verbesserungen wurden in die Wege geleitet, aber vieles bleibt zu tun

Erste Phase der Umsetzung

- Verstärkten Wasserschutz gewährleisten (112)
- Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen (113)

Zweite Phase der Umsetzung

- Zeitgemäße Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (110)
- Verbesserung der Zusammenarbeit auf der Ebene der Wasserwirtschaft (111)

Indem die Wasserwirtschaft vom Innenministerium ins Umweltministerium übertragen wurde, wurde unter dieser Regierung bereits ein äußerst wesentlicher Fortschritt erreicht. Fakt ist: unter den vorherigen Regierungen fristete die Wasserwirtschaft ein „Mauerblümchendasein“. Positiv ist ebenfalls, dass die finanziellen und personellen Mittel aufgestockt wurden.

Insofern kann der Mouvement Ecologique wichtige Entwicklungen begrüßen. Auch wird tatkräftig an der Umsetzung der Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten gearbeitet, eine ganze Reihe wurden unter dieser Regierung unter der Federführung des Nachhaltigkeitsministeriums ausgewiesen.

So befinden sich dann auch von den 4 im Mecoskop aufgenommenen Maßnahmen 2 in der ersten Phase der Umsetzung und 2 in der fortgeschrittenen. Dabei muss jedoch hervorgehoben werden, dass es vor allem der Anstrengung des Nachhaltigkeitsministeriums zu verdanken ist, dass eine Kooperation mit der Landwirtschaft entstand bzw. Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen und verstärkt, in bestimmten Fällen, Entschädigungen für die Landwirte ausgezahlt werden.

Angesichts des erheblichen generellen Nachholbedarfs auf der Ebene der Wasserwirtschaft konnten jedoch nicht alle Ziele in einer Legislaturperiode erreicht werden.



Nationalwahlen 2018: 27 zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique

Der Mouvement Ecologique hat im Rahmen seiner detaillierten Vorschläge für die Nationalwahlen zentrale Zukunftspisten für eine «nachhaltige Zukunftsgestaltung» vorgestellt. Diese Leitlinien sollten nach Ansicht des Mouvement Ecologique der Orientierungsrahmen der nächsten Regierung sein.

- **Op dem Wee zu engem gerechte Welthandel...**
... amplatz asozialen an onekologeschen Handelsverträg an Almosen un d'Länner vum Süden
- **En nohaltege "Wirtschaftsmodell Lëtzebuerg" an d'Wee leeden ...**
... amplatz dem Trugbild vun engem "grénge" Wuesstem nozelafen
- **Sozial Gerechtegeet, e liewenswäert Wunnëmfeld a Wuelbefannen als prioritär Ziler ...**
... amplatz sozial Ausgrenzung, Konsumdruck an Drock op der Aarbechtsplaz
- **Chance vum Klimaschutz erkennen an als Erausforderungen ophuelen! ...**
... amplatz eng nohaltege Energie- a Klimapolitik als Zwang ze gesinn oder d'Gefore vun de Klimaverännerunge kléng ze rieden
- **Eis natierlech Liewensraim als Grondlag vun der Liewensqualitét fir eis Kanner erhalen ...**
... amplatz Naturschutz als Hemmschong bei Infrastruktur-Projekter ze gesinn an eis natierlech Liewensraim weider ze zerstéieren
- **Eng mëttelstänneg a regional Landwirtschaft am Respekt vu Natur, Ëmwelt an Déiereschutz ...**
.. amplatz engem Drock vum Weltmarkt an der Ausbeutung vu Natur an Déier
- **Erschwénglech a gutt Wunne fir jiddwereen ...**
... amplatz Wunnensnout an engem Primat vum Privateigentum
- **Eng menschengerecht Mobilitét am Fokus: Douce Mobilitét an öffentlechen Transport als absolut Prioritéit ...**
... amplatz „op allen Hochzäiten ze danzen“
- **Eng Biergergesellschaft als Viraussetzung fir eng zukunftsfäeg Gesellschaft ...**
... amplatz e Modell wat ze staark um Prinzip vun enger repräsentativer Demokratie baséiert

Der Mouvement Ecologique möchte damit hervorheben, dass es nicht darum geht, hie und da eine (einzelne oder punktuelle) Verbesserung aus Nachhaltigkeitssicht in einem wichtigen Bereich in die Wege zu leiten, sondern, dass wir unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell grundsätzlich hinterfragen müssen. Wir brauchen einen regelrechten gesellschaftlichen Wechsel der Prioritäten und Werte, der sich in den konkreten gesellschaftlichen und politischen Themenfeldern zeigt.

Der Mouvement Ecologique ist der fundamentalen Überzeugung, dass unser heutiges Modell die Biodiversität zerstört, den Klimawandel beschleunigt sowie generell Raubbau an Natur und Umwelt treibt und somit nicht mehr im wünschenswerten Umfang zum Wohlergehen des Menschen beiträgt.

Immer mehr Menschen hinterfragen deshalb unser heutiges Modell und erwarten Neuorientierungen und leben sie auch bereits zum Teil vor. Sie setzen andere Prioritäten in ihrem Leben als die materielle Wertsteigerung, z.B durch ihr Engagement für soziales Miteinander, Selbstbestimmung, Gemeinwohl.

Die folgenden 27 "Incontournables" stehen nach Ansicht des Mouvement Ecologique symbolisch für diesen Wandel im Sinne der oben genannten Leitbilder. Deren Umsetzung sind essentielle Weichen für ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Luxemburg.

1. Reform des Weltmarktes und Neuorientierung der Freihandelsabkommen

Die Luxemburger Regierung muss in allen europäischen und internationalen Gremien für tiefgreifende Reformen des heutigen Weltmarktes sowie der bestehenden und zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen aus sozialer, ökologischer und demokratischer Sicht eintreten. Denn diese widersprechen den genannten Kriterien auf flagrante Art und Weise. Ein NEIN beim anstehenden Votum zu CETA in der Abgeordnetenversammlung ist geboten.

2. Fortentwicklung Luxemburgs zu einer Bürgergesellschaft

Um einen "Sprung" in unserer demokratischen Kultur sicherzustellen, um von einer Politik der Informationsveranstaltungen zu einer regelrechten Partizipationskultur zu gelangen, gilt es regelrechte Beteiligungsprozesse in bestehenden Gesetzen zu verankern und bei anstehenden Reformen über moderierte Prozesse BürgerInnen (auch verschiedener Sprachkulturen, Bevölkerungsgruppen) konsequent in die Entscheidungsfindung einzubinden. Dieser Paradigmenwechsel hin zu einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch die Entwicklung einer Bürgergesellschaft ist unabdingbar.

3. Erstellung einer Strategie zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie Einführung des "Congé associatif"

Es gilt mittels der Erstellung einer "Strategie zur Förderung des Engagements" Hemmschwellen, die einer lebendigen Bürgergesellschaft entgegen stehen, zu analysieren und Gegeninstrumente zu entwickeln (u.a. um auch nicht-luxemburgisch sprechende Bevölkerungskreise einzubinden) sowie Engagement in Nicht-Regierungsorganisationen z.T. zu erleichtern, indem für bestimmte Aufgaben (u.a. offizielle Unterredungen, Beteiligung an offiziellen Gremien) ein "Congé associatif" eingeführt wird.

4. Gewährleistung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Alltag von Bildungsstrukturen sowie im pädagogischen Handeln auf allen Ebenen

Dringend notwendig ist ein Leitbild für die Bildung, auch im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Die Schaffung von Freiräumen, die Förderung von Engagement und Partizipation sowie das Einbeziehen der politischen Bildung in die Schulentwicklung und Curricula von allen Schülern sind für eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft unentbehrlich. Zudem muss weiter konsequent an der Schaffung für Chancen für alle, der Bildungsgerechtigkeit und der Inklusion gearbeitet werden.

5. Konsequente Aufwertung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten als gewählte Vertreter der BürgerInnen

Vollzeitabgeordnete (keine Doppelmandate Schöffenrat und Abgeordneter, keine sonstigen beruflichen Verpflichtungen für Abgeordnete), Aufstockung des Fachpersonals der Abgeordnetenversammlung und transparentere Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit sind die zentralen Stichworte in diesem Zusammenhang.

6. Breite Informationspolitik und formalisiertes Mitspracherecht der Abgeordnetenkommission bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen

Die Luxemburger Vertretung in EU-Gremien muss demokratischer gestaltet werden, indem bei wichtigen Dossiers - z.B. der Agrarreform („GAP-Reform“) oder den geplanten Freihandelsabkommen - die Sichtweise der Regierung im Vorfeld transparent dargelegt, die Position Luxemburgs im Vorfeld öffentlich (kontradiktorisch) diskutiert und eine Weisungsgebundenheit seitens der Abgeordnetenkommission eingeführt wird.

7. Grundsätzlichere Reform des Staatsrates

Die Rolle des Staatsrates muss überdacht sowie neue Regeln aufgestellt werden. Abschaffung von Mandaten für hohe Beamte im Staatsrat, Unterbindung von Interessenkonflikten (d.h. z.B. mit privaten, auch kommerziellen Interessen), Festlegung klarer zeitlicher Fristen für die Erstellung von Gutachten durch den Staatsrat sowie Hinterfragen der aktuellen Rolle sind zentrale Elemente in diesem Bereich.

8. Kosten-Nutzen-Analyse bei relevanten Projekten - Nachhaltigkeitscheck für Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenkommission

Damit bei Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenkommission die langfristigen Konsequenzen und Folgewirkungen stärker berücksichtigt werden, ist es unabdingbar, einen „Nachhaltigkeitscheck“ für alle Projekte von Regierung und Abgeordnetenkommission einzuführen. Ebenso wichtig ist die konsequente Durchführung der unter dieser Regierung vorgestellten Kosten-Nutzen-Analyse („Comprehensive Cost-Benefit Analyses“ -CBA), bei der nicht nur vermeintliche Einnahmen und Vorteile eines Projektes analysiert werden, sondern ebenfalls alle Kosten (Umwelt u.a.m.) als Entscheidungskriterium einbezogen werden.

9. Faktenbasierte Debatte über das aktuelle Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell

Eine derartige Debatte erfordert die Erstellung einer fachlichen Analyse über eine mittel- bzw. langfristige Sicherstellung unseres Sozialsystems, auch ohne Wachstumszwang, über mögliche Steuerungsinstrumente des Wachstums und über dessen Folgewirkungen.

10. Erhöhter Stellenwert des „PIB du bien-être“ und Förderung des Wohlbefindens

Das neu entwickelte „PIB du bien-être“ muss gleichberechtigt neben dem Bruttonationalprodukt veröffentlicht und debattiert werden - notwendig ist eine offene Debatte über neue Lebensmodelle, ohne Konsumzwang, die von der Regierung als bewusste Neuorientierung der gesellschaftlichen Entwicklung initiiert, gefördert und umgesetzt werden.

11. Gezielte Förderung regionaler und zirkulärer Wirtschaftskreisläufe, neuer Formen des Wirtschaftens, der Solidarwirtschaft sowie der Gemeinwohlökonomie

Es gilt sowohl die Rahmenbedingungen dieser (neuen) Formen des Wirtschaftens sehr gezielt zu verbessern (z.B. steuerliche Bedingungen und Investitionsbeihilfen für die solidarische Landwirtschaft, Sharing Economy) als auch die regionale Wertschöpfung u.a. durch Förderung der Verarbeitungsketten voranzutreiben (Stichwort Holzcluster, Landwirtschaft).

12. Umsetzung einer nachhaltigen Steuerreform

Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch sollten stärker besteuert - der Faktor Arbeit entlastet werden! Hierzu gehört auch die Einführung einer CO2-Steuer. Luxemburg ist derzeit EU-weit Schlusslicht in Bezug auf Umweltsteuern.

13. Politischen Rahmen für die Digitalisierung setzen

Der Digitalisierungsprozess darf nicht nur technisch, sondern muss auch politisch begleitet werden. D.h. die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Reduktion des Reboundeffektes, zur Verteilung des entstehenden Mehrwertes, zur Reorganisation des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmodelle, zur dringend gebotenen Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauches, zum Datenschutz u.a.m. müssen politisch festgelegt werden.

14. Gemeinwohl vor Privatbesitz - Verfassungsrang für die Landesplanung

Unter konkreten Bedingungen und aufgrund transparenter Kriterien muss das Allgemeininteresse Vorrang vor Privatinteresse haben, dies u.a. indem die Landesplanung Verfassungsrang erhält und entsprechende Abänderungen in Gesetzen durchgeführt werden (z.B. Ausweitung des Vorkaufsrechtes der öffentlichen Hand sowie des Enteignungsrechtes aufgrund sehr konkreter Kriterien).

15. Großregion als ein zentrales Element der Entwicklung Luxemburgs

Wirtschaftliche Kooperation und Verteilung der Arbeitsplätze in der Großregion; grenzüberschreitende Mobilität - aus derartigen ersten guten Ansätzen der Kooperation muss eine regelrechte strukturierte Zusammenarbeit entstehen, auch aufgrund von detaillierten Analysen z.B. betreffend mögliche gemeinsame grenzüberschreitende Aktivitätszonen und die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen.

16. Förderung neuer Wohn- und Siedlungsmodelle

Neuen Wohn- und Siedlungsmodellen gehört die Zukunft. Trotzdem werden sie derzeit z.B. steuerlich eher benachteiligt, denn gefördert. Intergenerationelles Wohnen steckt noch in den Kinderschuhen u.a.m. Es gilt die bestehenden Nachteile abzubauen und vielmehr in aller Konsequenz diese Zukunftsmodelle voranzutreiben.

17. Schaffung einer nationalen oder regionalen öffentlichrechtlichen Wohnungsbaugesellschaft:

Zur Stärkung der Rolle der öffentlichen Akteure, zur Sicherstellung einer unerlässlichen Dynamisierung des Wohnungsmarktes und zum Betreiben einer aktiven Wohnungspolitik mit entsprechenden Finanzmitteln gilt es eine nationale oder mehrere regionale Wohnungsbaugesellschaften zu schaffen, den Gemeinden und BürgerInnen beratend zur Seite stehen bzw. Projekte vorantreiben und umsetzen.

18. Konsequente Durchgrünung und Gestaltung der Ortschaften und Stadtviertel als Naherholungsräume, als Lebensräume, als Begegnungsorte und Aufenthaltsräume für den Menschen

Diese Leitlinien müssen in allen Politikbereichen eine Priorität erhalten, sowohl in bestehenden Siedlungsräumen als auch besonders bei Neuplanungen: von der Landesplanung über die Siedlungsentwicklung bis hin zur Mobilitätsplanung.

19. Deutliche Priorisierung in der Mobilitätsplanung auf Kosten des Individualverkehrs

Zur Reduktion der Belastungen (staubedingter Stress im Arbeitsalltag, Luft- und Lärmbelastung, Klimaveränderung) und zur Verbesserung der generellen Mobilitätssituation ist es unabdingbar, dass die nächste Regierung alle Kräfte auf die Förderung der aktiven Mobilität und den konsequenten Ausbau des öffentlichen Transportes und die Priorisierung der Busspuren legt, dies verbunden mit einer Reduktion der Investitionen in den Straßenbau.

20. Erstellen eines Klimaschutzgesetzes

Wir brauchen verbindliche Ziele und Regeln für alle Akteure - Wirtschaft, Gemeinden, Staat und Privatpersonen - damit Klimaschutz endlich ernst genommen und vorangetrieben wird und nicht in Absichtserklärungen, Sensibilisierungskampagnen und Subventionen stecken bleibt.

21. Grundsätzliche Umorientierung der Landwirtschaftspolitik, u.a. im Rahmen der europäischen GAP-Reform („Gemeinsame Agrar Politik“)

Der Landwirt sollte in Zukunft primär für seine (ökologischen) Leistungen im Sinne der Gesellschaft entlohnt werden, statt generelle Subventionen / Prämien z.T. mit der "Gießkanne" zu erhalten, damit er überhaupt überleben kann. Leistungszahlung statt Subvention, ist im Interesse der Landwirtschaft und schützt Luft, Wasser, Boden und Biodiversität. Dies in Verbindung mit einer Landwirtschaftspolitik, die an die Fläche gebunden ist (u.a. durch eine Besteuerung von Kunstdünger und Futterimporten) und auch Instrumente vorsieht, um die solidarische Landwirtschaft und den "Quereinstieg" von Landwirten zu ermöglichen. Luxemburg sollte alle entsprechenden Möglichkeiten in Luxemburg selbst ausschöpfen und sich zudem auf EU-Ebene im Rahmen der GAP-Reform für diese Neuorientierung stark machen sowie umgehend einen runden Tisch zur Ausarbeitung der GAP-Reform in Luxemburg einsetzen.

22. Substantielle Reduktion des Pestizideinsatzes

Eine absolute Priorität in der Orientierung der Landwirtschaftspolitik muss eine substantielle Reduktion des Pestizideinsatzes sein! (Pestizidsteuer, Pollueur-payeur auf landwirtschaftliche Subsidien aufrechnen!) Die Personaldecke im Landwirtschaftsministerium muss erhöht, das Umweltministerium und das Gesundheitsministerium weitaus stärker einbezogen werden. Epidemiologische Untersuchungen von Zielgruppen über Rückstände von Pestiziden im menschlichen Körper sind zu verwirklichen und entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen.

23. Einführen eines Biodiversitätspaktes Staat / Gemeinden

Ähnlich dem "Klimapakt" im Energiebereich, der nachweislich zu einer Dynamisierung in den Gemeinden im Bereich Energie und Klima führte, sollte ein „Biodiversitätspakt“ im Naturschutzbereich erstellt und auch in diesem Bereich der Partnerschaft Staat / Gemeinden vereinbart werden.

24. Konsequenter Tierschutz

Nach der Reform des Tierschutzgesetzes besteht vor allem Nachbesserungsbedarf bei der Haltung von Nutztieren (vor allem Kühe, Schweine, Geflügel). In der kommenden Legislaturperiode müssen im Sinne des Tierwohls unbedingt bessere Haltungsbedingungen in den Umsetzungsreglementen des Tierschutzgesetzes festgeschrieben werden.

25. Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik

Es gilt auf allen Ebenen das Wohlbefinden zu fördern und das Ziel der Gesundheitspolitik nicht auf das Ausbleiben von Krankheiten zu reduzieren. Recht auf Ruhe statt "lediglich" Schutz vor Lärm; geringstmögliche Umweltbelastung statt Einhalten von Grenzwerten; lebenswerte Städte und Ortschaften, in denen man sich gut bewegen/aufhalten kann; Priorität auf "qualitativ hochwertige" statt auf billige Lebensmittel.... Dies bedeutet, dass das Gesundheitsministerium als wesentlicher Akteur in Umwelt-, Arbeits- und Sozialfragen in Erscheinung tritt und ihm formalisierte Rechte bei entsprechenden Fragen zugestanden werden bzw. es diese einfordert (Stichworte Umweltpolitik, Landwirtschaft...).

26. Rohstoffverbrauch und Ressourceneffizienz / Bodenschutzgesetz, Lichtverschmutzung

Umweltpolitik muss - wie die Gesundheitspolitik - weg kommen vom Unterschreiten von Grenzwerten, hin zu einer regelrechten Nachhaltigkeits- und Suffizienzstrategie, die eine maximale Reduktion des Ressourceneinsatzes sichert, neue Lebensmodelle im Sinne des „weniger ist mehr“ fördert, unserer Umwelt wieder den notwendigen Stellenwert einräumt und Lärm, Lichtbelastungen usw. weitestgehend vermeidet und den Schutz unseres wertvollen Gutes Boden verstärkt in den Fokus rückt.

27. Wasserwirtschaftliche Kriterien als Entscheidungsgrundlage von Projekten

Es muss Schluss sein mit der Herangehensweise an Projekte, die von einer unbegrenzten Verfügbarkeit von zusätzlichen Wasserreserven ausgeht. Die Begrenztheit dieser Ressource muss vielmehr als Kriterium sowohl bei Siedlungs- als auch Industrieprojekten und deren Schutz Voraussetzung für jedwede menschliche Aktivitätendarstellen im Besonderen auch für die landwirtschaftliche Produktion.